

Soweit sind wir gekommen

Die Kriegsgewalt in der Ukraine, in Syrien oder im Sudan, die Verfolgung in der Türkei, in Russland oder in Uganda, genauso wie das Flüchtlingselend im Sahel, im Mittelmeer, in Belarus oder auf der Balkanroute und die brachiale Novelle des Europäischen Asylsystems sind in Medien und Öffentlichkeit in den Aufmerksamkeitschatten des Gaza-Krieges und des zuletzt eskalierten Konflikts zwischen Iran und Israel geraten.

Mit einem besonders aus deutscher Perspektive bis dahin beispiellosen, vor allem gegen israelische Zivilist*innen gerichteten Gewaltexzess mit fast 1.200 Toten, fast 5.000 Verletzten und über 200 Geiselnahmen hatten die Hamas und mit ihr Verbündete am 7. Oktober 2023 zwar die internationale Aufmerksamkeit wieder auf die seit Jahrzehnten ungelöste palästinensische Frage gelenkt, aber auch die Büchse der Pandora geöffnet. In diese hat die ultrarechte israelische Regierung nur allzu gern eingegriffen und überzieht seither auf Grundlage ununterbrochener US-amerikanischer, europäischer und nicht zuletzt deutscher Waffenlieferungen sowie KI-gestützter Raketentechnologien den Gaza-Streifen mit einem mehrheitlich unter Frauen und Kindern opferreichen Inferno. Über 33.000 Tote, tausende noch unter Trümmern Vermisste, über 70.000 z. T. schwer Verletzte und fast 2 Millionen Ausgebombte sind nach sechs Monaten in der Zwischenbilanz der UNO gelistet.

Auch 250.000 Israelis haben ihr Heim – zumindest vorläufig – verloren und wurden aus israelischen Grenzsiedlungen evakuiert. Die Zerstörungen an der zivilen Infrastruktur im Gaza-Streifen mit u. a. 99.000 vollends zerstörten und 241.000 stark beschädigten Wohnungen, 406 Schulen, 5 Universitäten, 1.900 Produktionsstätten, 28 Krankenhäusern, 65 Kliniken, 613 Moscheen, 3 Kirchen und 199 Kulturstätten sind kaum ein Thema für europäische Medien. Auf über 18. Mrd. US-Dollar berechnet die UNO die bisherigen Schäden.

Der Außenbeauftragte der Europäischen Union, Josep Borrell, wirft der israelischen Regierung vor, im Gaza-Streifen Hunger „als Kriegswaffe“ einzusetzen. Wie zum Beweis dafür lässt Israel Hilfstransporte immer wieder nicht passieren und greift Akteur*innen von Hilfsorganisationen an. Die Hilfsorganisation Anera will hier ein Muster erkennen: Fast 200 Nothelfer*innen sind in den vergangenen sechs Monaten im Gaza-Streifen getötet worden. „Sie töteten sich hier gegenseitig für einen Sack Reis!“ schreit eine verzweifelte Frau im Norden des Gaza-Streifens in ein TV-Mikrofon und lässt erahnen, wie sehr eine solche Kriegsstrategie auch die moralischen Kategorien der betroffenen Menschen aushungert.

Kritische Stimmen aus der arabischen Community innerhalb Israels sind aus Angst vor Übergriffen und Kriminalisierung verstummt. Die Unversöhnlichkeit, mit der Israelis und Palästinenser einander gegenüberstehen, lässt kaum Hoffnung auf eine wie auch immer positive Nachkriegsentwicklung zu. Umfragen besagen, dass 68 Prozent der jüdischen Israelis den Einsatz von Hunger als Waffe gegenüber der Bevölkerung in Gaza gutheißen. Und trotz der immensen Zerstörungen und dem Hunger im Gaza-Streifen und der eskalierenden Siedlergewalt in der Westbank befürworten 72 Prozent der dortigen palästinensischen Bevölkerung die Angriffe vom 7. Oktober.

Auch in der Diaspora ist der Dialog inzwischen suspekt. Israels Sicherheit als deutsche Staatsraison haben Bund und Länder – wohl in ihrer so verstandenen Verantwortung für die Verlängerung von deutscher Geschichte im Nahen Osten – an die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) gebunden und damit die Kritiklosigkeit gegenüber dem Staat Israel zur probaten philosemitischen Haltung erhoben. Der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus

ist es bisher nicht gelungen, sich mit ihrer differenzierteren Antisemitismus-Definition durchzusetzen.

Inzwischen beklagen Betroffene in Politik, Wissenschaft, Kultur und auf der Straße Sprechverbote, die ihre Rechtfertigung aus der offenbar als eine Art Leitkultur verstandenen IHRA-Antisemitismusdefinition herleiten. Im Ergebnis aber hat eine solche Verengung des Diskurses inzwischen dazu geführt, dass sich hierzulande Jüd*innen mit einer Zunahme antisemitischer Vorfälle und einer schweigenden Mehrheit konfrontiert sehen und Palästinenser*innen und selbst die mit ihnen solidarischen jüdischen und anderen Organisationen sich – z. T. mit ordnungspolitischer Macht – aus dem öffentlichen Meinungsdiskurs ausgegrenzt fühlen.

Diese Entwicklung erscheint indes geeignet, erheblich negativen Einfluss auf die Diskursqualität in der Einwanderungsgesellschaft insgesamt zu nehmen und alle Bemühungen um eine Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts auch in unserem Bundesland zu hintertreiben. Zur Auftaktveranstaltung des Landesaktionsplans gegen Antisemitismus – dem auch die IHRA-Definition zugrunde liegt – war die Nichtteilnahme von islamischen und Vertreter*innen von Migrant*innenorganisationen auffällig. Die Landesregierung sollte hier alarmiert sein.

Über 100 Jahre nach dem Genozid an den Armeniern, fast 80 Jahre nach dem Holocaust, 30 Jahre nach dem Genozid an den Tutsi in Ruanda und im 10. Jahr nach dem Genozid an den Jeziden im Irak berät der Internationale Staatengerichtshof in Den Haag über eine Klage gegen Israel wegen Verstoßes gegen das Kriegsvölkerrecht und des Verdachts auf einen aktuell im Gaza-Streifen stattfindenden Genozid. Von der EU und hierzulande werden ausgerechnet in diesen Zeiten mannigfaltig rechtliche Restriktionen gegen Schutzsuchende in Stellung gebracht und die Grund- und Menschenrechte von wahlkämpfenden Strateg*innen auch des bürgerlichen demokratischen Parteienspektrums zur Makulatur erklärt. Soweit sind wir gekommen.

Drum trau, schau, wem – auch in den Kabinen bei der anstehenden Europawahl!

gez. Martin Link

Kiel, April 2024

Impressum

Das Magazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein – Der Schlepper Nr. 108 wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. Angebote zur Mitarbeit sind herzlich willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Dieser Ausgabe des Magazins Der Schlepper ist eine Prospektbeilage der #ObjectWarCampaign beigelegt. **Redaktion:** Martin Link (v.i.S.d.P.), Leonie Melk, Maren Stallmann **Layout:** Kirstin Strecker **Druck:** hansdruck, Kiel

Fotos: Seiten 23, 81, 82 (Ulf Stephan), Seite 25 (Reza A.), Seite 26 (Lara Massó), Seite 46 (Sea-eye), Seite 70 (Kampagne gegen Abschiebehaft), Seite 74 (Henrik Matzen), Seite 66 (Landeshauptstadt Kiel), Seiten 77, 78, 79 (Rolf Schlotter) **Bilder:** Titel und Seiten 7, 8, 11, 13, 17, 21, 29, 34, 38, 53, 55, 59, 63, 69 (Maryam Mura Wejzada), Seite 15 (Guido Kühn), Seiten 40, 41 (Mohammad Al Hawajiri), Seite 51 (Mohammad Reza Mehrabani)

ISBN: 978-3-941381-46-9

Schlepper online im Internet:
www.frsh.de/schlepper

Adresse: Redaktion „Der Schlepper“ · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. · Sophienblatt 82-86 · 24114 Kiel · Tel.: 0431 735000 · Fax: 0431 736077 · schlepper@frsh.de · www.frsh.de

Landesweite
Flüchtlingshilfe



Finanziert von der Europäischen Union

